

### **Für das „Recht auf Stadt“: Von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?**

Das städtische Gemeinwesen wird zunehmend Drehscheibe für politische und soziale Auseinandersetzungen. Mit der Frage „Wem gehört die Stadt?“ bündelten die letzten zentralen 1. Mai Veranstaltungen in Deutschland verschiedene Auseinandersetzungen. Dies sind längst nicht mehr nur die Häuserkämpfe von Jugendlichen oder radikalen Gruppen zur Verteidigung ihres Rechts auf ein gemeinsames und selbstbestimmtes Wohnen in einem besetzten Haus, durchgesetzt gegen zerstörerische Spekulationsinteressen und ihre UnterstützerInnen in der Politik. Vielmehr geht es um die Zukunft ganzer Stadtteile, die gegen die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen hergerichtet und zusammen mit öffentlichen Räumen und Plätzen, sozialen Einrichtungen und öffentlicher Infrastruktur „aufgewertet“ und neu vermarktet werden.

Das Hamburger Gängeviertel oder Berliner Stadtteile wie Prenzlauer Berg und Kreuzberg sind Beispiele der Auseinandersetzung von privaten Immobilieninteressen im Widerspruch zu einer gemeinwohlorientierten Stadtteilpolitik. Im August 2009 sind KünstlerInnen in das Gängeviertel gekommen, um es vor Verfall und Abriss zu retten und einen Raum zu



schaffen, in dem Neues entstehen kann. Zehntausende Gäste aus aller Welt haben seitdem Ausstellungen, Konzerte, Partys und Lesungen besucht oder über Stadtentwicklung diskutiert. Zwei Jahre verhandelten sie mit der Stadt Hamburg über die Zukunft des Viertels. In einer Kooperationsvereinbarung vom September 2011 zwischen der Stadt Hamburg und den NutzerInnen des Gängeviertels konnte sichergestellt werden, dass die historischen Gebäude des Viertels denkmalgerecht saniert werden. Durch die Übernahme der Häuser in eine Wohn- und Kulturgenossenschaft soll ein kollektiver, offener und selbstverwalteter Ort geschaffen werden, der eine Beteiligung an der Gestaltung des städtischen Miteinanders ermöglicht. Dazu mussten zahlreiche UnterstützerInnen und Initiativen im Netzwerk „Recht auf Stadt“ in der Rolle des Ideengebers permanent eine Unzahl von bürokratischen Hindernissen und fachlichen Engstirnigkeiten überwinden.

In Freiburg fanden die „Recht auf Stadt“-Tage im Sommer 2011 auf eine besondere Weise statt. Mit Diskussionen, Workshops und einer sogenannten Nachttanzdemo, einem rollenden Umsonstladen und einem

„Plenum von unten“ wurden die EinwohnerInnen für ein altes Thema – Leerstand, Freiraum, Hausbesetzung – neu sensibilisiert. Gespielt wurde eine interaktive Fernsehshow, in der eine Jury öffentlich das am besten und nachhaltigsten zu besetzende leer stehende Hausobjekt auswählte.

In Köln, Berlin, Wuppertal und anderen Städten zeigten ähnliche phantasiervolle Aktionen, dass für eine lebendige Stadtentwicklung "von unten" andere Ansätze nötig sind als die altbekannte Vermarktung des städtischen Raums unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eine Stadt braucht Freiräume und ein lebendiges Miteinander. Vieles galt bisher als nicht verhandelbar, und doch zeigt sich, was alles möglich wird, wenn der notwendige politische Wille vorhanden ist. Engagierte BürgerInnen zeigen, dass das Potential für eine kreative, lebendige Stadt auf der Straße liegt. Die Politik muss nur das Vertrauen haben, „Politik-KonsumentInnen“ zu „Politik-ProduzentInnen“ werden zu lassen.

Vielorts gerät die Politik – insbesondere im kommunalen Raum – in eine Legitimationskrise, wenn sie öffentliches Eigentum, wie die Wasserversorgung in Berlin, privatisiert, Wohnungsbaugesellschaften wie die Landesentwicklungsgesellschaft in NRW verkauft oder öffentliche Plätze versilbert. Dabei hat die seit der Jahrtausendwende noch einmal verschärfte staatliche Niedrigsteuerpolitik der Schröder-Regierung zugunsten von Unternehmen dazu geführt, dass insbesondere die Kommunalfinanzen gekürzt wurden und nicht ausreichen, eine angemessene Daseinsvorsorge für ihre BürgerInnen zu garantieren. Viele Kommunen sind so stark verschuldet, dass sie unter Spardiktat stehen, sich ihre Haushalte von der Bezirksregierung genehmigen lassen müssen und nur noch Pflichtaufgaben erfüllen können. Kulturangebote, Schwimmbäder und Stadteilbibliotheken müssen schließen oder werden durch Bürger ehrenamtlich betrieben.

Politik zeigt sich als wenig innovativ. Denn gleichzeitig investieren die Städte große Summen für Infrastrukturprojekte mit langfristiger Bindung. Diese werden im Zusammenspiel mit der privaten Bauindustrie entwickelt, während die Öffentlichkeit von den Details der Verträge ausgeschlossen wird. Werden die Verträge wirksam, sind sie meist nicht mehr beeinflussbar. So steht auch in der Auseinandersetzung um das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“, bei dem der bestehende Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden soll, längst nicht mehr die Frage im Zentrum, ob der Bahnhof und wenn ja wie gebaut wird.

Denn jenseits dieser Frage ist Stuttgart ein Beispiel geworden für den Protest aus der Mitte einer Gesellschaft, die kein Spielball von Politik und Wirtschaft mehr sein will, ein Symbol einer Bürgergesellschaft, die auch und gerade angesichts knapper Mittel ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen will und dabei mit neuen demokratischen Formen wie Vollversammlungen auf öffentlichen Plätzen experimentiert.

Die Kommunalpolitik steht vor der Frage, wie sie sich das Vertrauen der BürgerInnen zurückholt. Dabei muss sie Beteiligungs- und Entscheidungsformen anbieten, die weit über unser Repräsentationssystem hinausgehen. Da gibt es Planungsstellen, Mediationsverfahren a la Geissler oder der daraus vereinbarte Stresstest bzw. die Volksabstimmung. Solche Fragen stellen sich an vielen Orten in unterschiedlicher Form. Beim Neubau des Wuppertaler Bahnhofes wird eine öffentliche Begleitung gefordert, um zu verhindern dass die Kosten aus dem Ruder laufen. In Baden Württemberg hat der Stresstest zumindest die lange überfällige Transparenz geschaffen. Die Landesregierung stellt die Frage, wie sich die Politik und die Verwaltung ändern muss, um die „Basta-Politik“ abzulösen. PolitikerInnen müssen umdenken, wenn sie ehrlich gemeinte Bürgerbeteiligung praktizieren wollen. Aber auch BürgerInnen müssen dann die Bereitschaft aufbringen, sich nicht nur im Protest zu engagieren, sondern zeitaufwendige Beteiligungsverfahren, wie bei der Stadtbahn in Mannheim, beim Pumpspeicherkraftwerk im Schwarzwald oder beim Atommüll in Schaffhausen mitzugestalten.

In einigen Städten setzen sich Bürgergruppen mit PolitikerInnen darüber auseinander, wer mit wem in welcher Form über den Haushalt entscheidet. Sie fordern den Bürgerhaushalt, die Mitentscheidung über die Verwendung der Kommunalmittel auf Stadtteilversammlungen, oder andere Formen einer plebiszitären oder kommunitären Demokratie. Die Stadtteilversammlung ist eine solche Form der Wiederaneignung öffentlicher Räume, indem Interessen, Notwendigkeiten und Wünsche einer Gemeinschaft artikuliert und diskutiert werden können und als Ergebnis die Fähigkeit entwickelt wird, gemeinsam in Entscheidungen über Grund und Boden, Wohnungen, Ressourcen und Investitionen einzugreifen.

Mittlerweile hat die Form der Proteste eine neue Qualität erreicht, es sind nicht nur einfach punktuelle Demonstrationen an beliebigem physischen Ort. In Spanien kamen beim Sternmarsch der Empörten in 2011 über 2.000 MarschiererInnen in 7 Kolonnen nach Madrid, tausende Madrilen-

Innen schlossen sich an. Auf dem zentralen Platz versammelten sich 15.000 Menschen und protestierten nicht nur gegen einzelne Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Finanzkrise – Kürzungen im Arbeitslosgeld, öffentliche Gehälter, Rente, Gesundheits- und Bildungssystem – sondern drückten mit Parolen wie „Wir zahlen nicht für eure Krise“ oder „Sie repräsentieren uns nicht“ ihren globalen Protest aus und organisierten ein Protestcamp der „Empörten“, das über mehrere Wochen unter dem Motto „Echte Demokratie Jetzt!“ stattfand. *Tomar la calle* ist mittlerweile zu einer internationalen Metapher für die geworden, die sich gegen soziales Unrecht wehren. Die Rückeroberung der Straße ist nicht nur Mittel zum Zweck, sie ist Programm, sowohl bei *Democracia Real Ya* in Madrid, als auch bei den Stuttgarter Parkschützern, bei der Besetzung der Wall Street oder den mehrwöchigen Camps in verschiedenen deutschen Städten. Sie wird als Einsatz ins Spiel gebracht. Kommissionen werden gebildet, die die Arbeit aufteilen, kulturelle Aktivitäten werden angeboten, die Versorgung und Reproduktion wird gewährleistet, Infopunkte und Öffentlichkeitsarbeit werden organisiert. Am Wichtigsten aber ist die Schaffung von öffentlichen Foren, in denen diskutiert wird und Forderungen und Vorschläge erarbeitet werden, die dann in Vollversammlungen abgestimmt werden.

Diese „Urbanisierung des Protests“ verleiht dem politisch-ökonomischen Protest eine konkrete Dimension, da schon die kollektive Präsenz an einem öffentlichen Ort, gewaltlos, aber von längerer Dauer, ein Akt des Widerstandes wird. Demokratie braucht die allgemeine und dauerhafte Aneignung des öffentlichen Raums. Mit der griechischen „polis“ im Altertum galt der Marktplatz als Ort der Beratung und Teilhabe an kollektiver Entscheidungsfindung. Dabei gilt der öffentliche Raum als der Ort, der mit dem Funktionieren der Demokratie verknüpft ist und Austausch, Gespräch und Zusammenkommen begünstigen soll. Der Kapitalismus will demgegenüber angesichts seines Bedarfs an Mobilität die Verkehrsströme beschleunigen; öffentliche Bänke, nicht angemeldete HändlerInnen oder gar größere Mobilitätsblockaden wie öffentliche Ansammlungen stören hier unmittelbar.

Die beiden Funktionen der Stadt „Mobilitätsmaschine“ und „Ort der Demokratie“ behindern sich gegenseitig. Jedes Camp ist zugleich Entschleunigung und Widerstand gegen die Mobilitätsmaschine, soweit es auf Bestand angelegt ist, und unmittelbar „echte Demokratie“, weil als Raum der Diskussion und des sozialen Miteinanders angelegt.



ausgedünnt, der Staatssektor als öffentlicher Arbeitgeber abgeschafft, staatliche Subventionen für Ernährung nicht mehr finanziert. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und Hungersnöte verbunden mit Aufständen in mehreren Ländern. Als Caracazo werden die mehrtägigen Volksaufstände in der venezolanischen Hauptstadt Caracas und anderen Städten 1989 bezeichnet. Nach inoffiziellen Schätzungen forderten sie bis zu 3.000 Menschenleben. In Argentinien kam es im Zuge einer Wirtschaftskrise und einem drohenden Staatsbankrott 2001 zu Volksaufständen, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden und Stadtteilversammlungen. Selbsthilfeorganisationen sind entstanden und über mehrere Monate war das Land regierungslos.

Auch in Bolivien gab es heftige Proteste und einen Generalstreik, nachdem der internationale Währungsfonds die Privatisierung der Wasserversorgung zugunsten des U.S.-amerikanischen Bechtel-Konzerns erzwungen hatte. Im April 2000 wurde das Kriegsrecht über Cochabamba verhängt, aber nach einem Volksaufstand musste die Privatisierung zurückgenommen werden und nach weiteren gewaltsamen Protesten gegen den Ausverkauf der Erdgasförderung an US-amerikanische Konzerne und gegen Einsparungen im Staatshaushalt wurde 2003 die Regierung gestürzt.

In vielen lateinamerikanischen Ländern waren soziale Bewegungen mit dem Rückzug des Staates gezwungen, unabhängige Organisationsformen zu entwickeln oder sich als kollektive Wirtschaftssubjekte jenseits von Markt und Staat zu positionieren, gemeinsam notwendige Ressourcen anzueignen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

An die Stelle der traditionellen Parteien, die im wesentlichen auf die Erringung der Regierungsmacht setzten und sich darin abwechselten, Form der Machtteilung entwickelten und sich in diesem System einrichteten, traten neue Bewegungen wie das acuerdo pais in Ecuador, das Movimiento al socialismo in Bolivien, oder die Frente Amplio in Uruguay und haben das Zweiparteiensystem der Machtteilung aufgelöst. Diese Formen sind aus der Not geboren, als Antwort auf die krisenhaften Veränderungen der Gesellschaft und die unzureichende Daseinsfür- und -vorsorge lokaler wie nationaler Regierungen, indem die Betroffenen gemeinsam zur Selbsthilfe greifen. Soziale Bewegungen, Bürgerbewegungen, Ökologiebewegungen, VertreterInnen der Indigenen Organisationen haben in der Folge dieser Machtkrise Regierungspositionen errungen bzw. besetzen einzelne

Soweit dort grundsätzliche Themen verhandelt werden und andere Politikformen eingefordert werden, weisen die Aktionen über den durch repräsentative Demokratie zugewiesenen Rahmen hinaus. In der Wiederausgestaltung öffentlicher Räume können auch neue Gemeingüter entstehen, wenn dabei nützliche Gegenstände, Güter und Ressourcen angeeignet, kollektiv bearbeitet und daraus eine gemeinsame Identität im Alltagsleben entwickelt werden kann. Der Prinzessinnengarten in Kreuzberg wurde von einer 6000 qm großen Brachfläche in eine ökologische und soziale urbane Landwirtschaft verwandelt. Er produziert nicht nur lokal Lebensmittel, er schafft auch einen Ort neuen urbanen Lebens, an dem Freundinnen, NachbarInnen und Interessierte gemeinsam arbeiten, lernen und entspannen.

Ähnliche Prozesse entwickelten sich in Lateinamerika bereits seit den 70er Jahren, als der Kontinent weltweit erstes Erprobungsfeld des Neoliberalismus wurde. Staatliche Sozialprogramme wurden gekürzt, Infrastrukturen privatisiert, Wirtschaftsstrukturen globalisiert, aktivierende Kreditsysteme für kleinbäuerliche genossenschaftliche Strukturen

strategische Positionen. In verschiedenen Staaten wandeln sich die Beziehungen zwischen Staat und BürgerInnen. In Verfassungsreformen wird die Gesellschaft neu gegründet, neben der repräsentativen oder präsidentiellen Demokratie entstehen andere weitergehende Formen der konsultativen, der plebiszitären, der kommunitären und der Wirtschaftsdemokratie. Beginnend in Porto Alegre (Brasilien) entstanden in Argentinien, Nicaragua oder Venezuela die Bürgerhaushalte als Verpflichtungen der Stadtverwaltungen, ihre Mittel für Daseinsvorsorge, für soziale und technische Infrastrukturen von öffentlichen Stadtteilversammlungen priorisieren zu lassen, bis hin zur Verlagerung der Entscheidungsfindung auf Bürgerräte und Nachbarschaftskomitees.

Diese Broschüre ist das Ergebnis einer gemeinsamen mehrmonatigen Reise durch Lateinamerika. Überall – in Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela – wurden wir offen und freundlich empfangen, konnten Kontakte knüpfen, Gespräche und Besichtigungen durchführen und Interviews führen. Dabei wollen wir die Ansatzpunkte für städtische Selbstorganisationsansätze aus Lateinamerika möglichst im Dialog mit den AkteurInnen darstellen.

Den ersten Block in der Broschüre bilden städtische rätedemokratische oder kommunitär-nachbarschaftliche Strukturen, wie der Ansatz der *comunas* in Venezuela, die Kommunalbewegungen in Nicaragua und die Nachbarschaftsräte in Uruguay. Sind BürgerInnen bereit zu diesem Engagement, wo liegen die Hemmnisse, akzeptiert die Politik diese Entscheidungen? Worüber darf entschieden werden? Wie geht die Regierungspartei mit oppositionellen Bewegungen um? Lösen die *comunas* in Venezuela wirklich die Stadtverwaltung ab, welche Machtbeziehungen entwickeln sich zwischen Staat und Bewegung?

Der zweite Block stellt Formen genossenschaftlichen und kollektiven Eigentums dar, welches gemeinschaftlich gebildet bzw. angeeignet wurde und nach gemeinwohlorientierten Regeln genutzt wird. Hier haben wir Wohnungsbaukooperativen in Uruguay bzw. Ecuador, instandbesetzte Betriebe in Argentinien und kommunitäre Gemüsegärten in Kuba ausgewählt. Sind Wohnungskollektive eine defensive Antwort auf die Sparpolitik eines Staates, der die Bedürfnisse in der Wohnungspolitik nicht mehr erfüllen kann oder will, oder gar die bessere Alternative, weil höhere Form der Selbstbestimmung und verringerte Abhängigkeit von staatlicher Hilfe und marktwirtschaftlichen Angeboten? Sind instandbesetzte Betriebe

oder kommunitäre Gemüsegärten mehr als nur Einkommensquelle für die Arbeitenden, können sie wie ein Gemeingut gemeinschaftlich verwaltet werden und zur Gemeinwohlorientierung beitragen, indem sie nicht marktwirtschaftlich, sondern für die Bedürfnisse im Stadtteil produzieren und solidarische Produktionsketten organisieren?

Der dritte Block behandelt das Thema der lokalen Autonomie als von der Verfassung garantiertes Recht, auch mit der Möglichkeit eigene Organe, Statuten, Rechtsprechungssysteme auf kommunaler Ebene zu bilden. Auch wenn es hier noch wenig Erfahrungen in der Umsetzung gibt, ist die Frage spannend, wie Konflikte zwischen nationalem Staat und ethnisch bzw. kulturell begründeter Autonomie ausgetragen werden und welche Rechte Individuen gegenüber solchen autonomen Organen haben.

Die aufgeführten Beispiele aus Südamerika sollen Erfahrungen vermitteln und Antworten aus dem Munde der Beteiligten geben, für Fragen die sich auch für uns stellen. Übernahme von Selbstverantwortung durch kollektive Selbstorganisationsstrukturen, durch Ehrenamt, durch Übernahme wirtschaftlicher Aktivitäten in sozialer Orientierung ergänzen staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Delegation der Entscheidungsmacht an die aktivierten BürgerInnen: auch ein Modell für deutsche Kommunen? Mit der Antwort zweier im Wuppertaler Aktionsbündnis *basta!* aktiver Menschen auf diese Frage schliessen wir unsere Broschüre ab. Dabei hoffen wir, mit dieser Broschüre viele Anregungen und Motivationen zum Selbsthandeln geben zu können und freuen uns über Rückmeldungen, zum Beispiel auf unserer Seite [www.informationsbueno-nicaragua.org](http://www.informationsbueno-nicaragua.org).

Die **Nahua Scripte** gehen auf eine lange Tradition zurück; sie begleiten die Öffentlichkeitsarbeit des Informationsbüro Nicaragua mehr als drei Jahrzehnte. Die erschienenen Titel sind ein Spiegelbild zeitlicher Verläufe von politischen Diskursen gesellschaftlicher Debatten in der Linken.

Mit Titeln zur Blockfreiheit, zur Auseinandersetzung um die deutsche Entwicklungspolitik in Mittelamerika, die Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen um Nicaraguas Miskito-Indianer im Ost-West-Konflikt, zu Wahlen im politischen Prozeß Nicaraguas, zum Würgegriff internationaler Finanzorganisationen waren unsere Themen in der **Mitte der 80er Jahre** auf Interessenlagen von Großorganisationen, Parteien, staatlicher Macht und Internationaler Wirtschafts- und Finanzorganisationen im Zerrbild des Ost-West-Konfliktes ausgerichtet.



Umkehrung ist notwendig und möglich:

- der nationalstaatliche Rahmen erodiert – nicht nur in Nicaragua
- Der Sandinismus der 80er Jahre hat ein Selbstbewußtsein geschaffen für erfolgreiche Selbstorganisation.
- Die bäuerliche Produktionsweise mit dezentraler Organisation, ressourcenschonender Ökologie und gesellschaftlicher Ernährungs-souveränität bietet nachhaltige Produktionsstrukturen.

Die unmittelbaren ProduzentInnen können sich der Exportorientierung und damit verbundener national-staatlicher wie auch privatwirtschaftlicher Organisation entledigen, sie bilden neue Wirtschaftssubjekte mit sozialer Orientierung.

**Im neuen Jahrtausend** haben wir die handelnden ProtagonistInnen, Menschen in ihren konkreten subjektiven und persönlichen politischen Wirkungsfeldern in das Zentrum unserer Öffentlichkeitsarbeit gestellt. In unserer Reihe „Lebenswege“ kommen politisch engagierte Menschen mit ihrer Biografie nicht als funktionalisierte Objekte für eine politische Position, sondern als uns über viele Jahre bekanntes Gegenüber zu Wort, auch ausserhalb ihres zeitlichen und räumlichen bzw. inhaltlichen politischen Wirkungsfeldes. Unsere multimediale Ausstellung „Überlebenswelten“ zeigt Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen nicht nur als Opfer, sondern als handelnde Subjekte, an den Menschen lassen sich die konkreten Arbeits- und Lebensverhältnisse und die Bedingungen ihrer Überwindung erkennen, nicht umgekehrt.

Mit den jetzt aktuell vorgelegten *nahua scripten* zum „Recht auf Stadt“ und dem Entwicklungskritischen Süd-Nord-Kolloquium „Her mit dem Guten Leben“ hoffen wir, den in der Reihe formulierten Ansprüchen an Austausch und Begegnung mit den Menschen, mit denen wir nun schon mehr als drei Jahrzehnte einen gemeinsamen Weg gehen, nachzukommen.

## Spielräume für ein neues soziales Miteinander Kommunen in Venezuela

Die Organisation der Kommunen im Großraum Caracas hat seit der Amtsübernahme von Hugo Chávez 1999 einen langen Weg und viele neue Namen hinter sich: *Círculos Bolivarianos*, Wasser- und Land-Komitees, die Stadtteil-Regierungen *Gobiernos Parroquiales*, die Gemeinderäte *Consejos Comunales* und schließlich die *Comunas*. Die *comunas* sind Strukturen der Selbstorganisation, die im Falle von Venezuela massiv staatlich gefördert werden. Demgegenüber gliedern sich die staatlichen Verwaltungsstrukturen in *Distrito Metropolitano* im Falle von Caracas, die darunter gelegene Ebene heißt *municipios*, und die kleinste staatliche Verwaltungsebene *parroquias*.

Es gibt ein Bestreben, diese Selbstorganisation in Strukturen zu gießen, die sich in einer Gesetzgebung niederschlagen können. Bei jeder Etappe der Entwicklung regnete es von Seiten der Zentralregierung Rechtstitel und Verordnungen, so dass der alte Spruch vom Marsch durch die Institutionen eine neue, leicht beunruhigende Bedeutsamkeit gewinnt. Grundlage für die Mitbestimmung organisierter EinwohnerInnen in wirtschaftlichen und sozialen Belangen ihrer Wohnviertel ist u.a. das Gesetz *Ley Orgánica del*